

Linke Frau und linker Mann sollten unbedingt die gesellschaftlichen Bedingungen analysieren, unter denen ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden soll

Judith Dellheim

Der Beitrag knüpft an den Artikel von Lutz Brangsch (Brangsch, 2005) an bzw. ergänzt ihn. Das Anliegen ist, das Thema Grundeinkommen bzw. bedarfsorientierte soziale Grundsicherung stärker im Kontext mit einer Grundsatz- und Strategiedebatte zu diskutieren. Dabei wird bedarfsorientierte soziale Grundsicherung bei den bisherigen solidarisch zu reformierenden sozialen Sicherungssystemen angesetzt, mit dem Recht auf existenzsichernde sinnvolle Arbeit und dem Recht auf existenzsichernde Einkommen verbunden, bedingungsloses Grundeinkommen mit dem Recht auf existenzsichernde Einkommen, losgelöst von den bestehenden Sicherungssystemen.

Der Dissens liegt in der Frage, wie die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse eingeschätzt und verändert werden können, welche Rolle dabei die politischen Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Arbeit, die materielle Produktion und gesellschaftliche Reproduktion spielen.

Trotz dieses gravierenden Unterschiedes wird davon ausgegangen, dass sowohl Grundeinkommen- als auch Grundsicherung-Befürworter/innen in der Linken hier und heute gemeinsam Politik gegen Armut, soziale Ausgrenzung, Neoliberalismus und Krieg, für eine soziale, demokratische, gerechte, zivile und ökologische Gesellschaft betreiben wollen. Es wird vorausgesetzt, dass beide Gruppen daran interessiert sind, gemeinsam zukunftsfähige Alternativen zur herrschenden Politik zu entwickeln.

Die Debatte zum Grundeinkommen erinnert in mehrfacher Hinsicht an Darlegungen und Polemiken der so genannten „Klassiker“ Marx, Engels und Lenin, weshalb darauf näher eingegangen wird. Damit wird zugleich die Frage nach dem Umgang mit theoretischem Erbe aufgeworfen. Es geht keineswegs um eine Argumentation nach dem Motto „schon Marx hat dort und dort gesagt und das gilt immer noch“, sondern um ein besseres Verständnis für die Funktionsweise gesellschaftlicher Reproduktion, für gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse und Bedingungen ihrer Veränderung. Es sind insbesondere zwei Problemkreise, die jene grübeln, schmunzeln oder auch zweifeln lassen, die sich sowohl mit „unseren Klassikern“ – wie zumindest eine Gruppe der Streitenden (selbstironisch) zu sagen pflegt – als auch mit Beiträgen von BGE-Anhänger/innen (BGE = bedingungsloses Grundeinkommen) und GRUSI-Befürworter/innen auseinandersetzen (GRUSI = bedarfsorientierte soziale

Grundsicherung, ebenfalls als individuelles Recht und daher ohne entwürdigende Bedürftigkeitsprüfung):

das besondere Kettenglied

die gesellschaftliche Arbeitsteilung.

Die Beschäftigung mit beiden Themen kann helfen, Fragen so zu stellen und zu diskutieren, dass Einstiegsprojekte in eine solidarisch-emanzipative gesellschaftspolitische Transformation entstehen. Damit sind gemeinsame organisierende Bezugspunkte eines neuen Blocks sozialer und politischer Kräfte gemeint, der die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse so verändert, dass immer mehr Menschen zunehmend selbstbestimmt in Würde leben können. Konkreter bedeutet das, gegen die Dominanz des globalen Finanzkapitals vorgehen, schrittweise die Abhängigkeit der Befriedigung elementarer Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger von kapitaldominierten Märkten aufheben und dabei u. a. Formen bedarfsorientierter Grundstandards einführen, eine partizipative soziale Demokratie aufbauen, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums gegenüber den Interessen der unteren und mittleren sozialen Gruppen und der folgenden Generationen durchsetzen und die Mitbestimmung der Betroffenen erwirken, die militärische Imperialmacht der USA zurückdrängen und zugleich fortschreitend entmilitarisieren. (Brie, 2005, 6-8)

1. Das besondere Kettenglied

Seit den „Nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ suchte Lenin in den konkreten jeweils veränderten historischen Situationen nach jenem „besonderen Kettenglied, das mit aller Kraft angepackt werden muss, um die ganze Kette zu halten und den Übergang zum nächsten Kettenglied mit fester Hand vorzubereiten ...“ (Lenin, 1960, 265). „Besonderes Kettenglied“ wäre also vergleichbar mit **einem** zentralen Einstiegsprojekt.

Im April 1918 erklärte er das demokratisch-verwalten-lernen der Bevölkerung in den und durch die Sowjets zum „besonderen Kettenglied“. Nach Bürger- und Interventionskriegen machte er im hungernden Russland des Jahres 1921 den „inneren Handel bei richtiger Regelung (Lenkung) durch den Staat“ (Lenin, 1977, 94) als entscheidendes Kettenglied aus. Darin sah er die „einzig mögliche ökonomische Verbindung zwischen den vielen Millionen kleiner Landwirte und der Großindustrie“ (Lenin, 1977, 95), die politisch so kontrolliert und gestaltet werden muss, dass der Aufbau der neuen Gesellschaft überhaupt eine Chance behielt. Ohne Steigerung der

landwirtschaftlichen Produktion kein Sieg über Hunger und Entkräftung, kein Fortschritt der Industrie, notwendig zur Verteidigung des Landes und zur Überwindung ökonomischer und sozialer Isolation gesellschaftlicher Gruppen, zur Schaffung der materiellen Basis für eine Entwicklung, die soziale Gegensätze und Unterschiede schrittweise beseitigt. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion war ohne die materielle Interessiertheit der kleinen privaten Bauernwirtschaften nicht möglich.

Trotz Lenins vereinfachender und vereinfachter Betrachtung von Gesellschaft und trotz unserer heutigen ausdifferenzierten komplizierten machen seine Darlegungen relevante Zusammenhänge deutlich: Sollen gesellschaftliche Strukturen verändert werden, gilt es gesellschaftliche Arbeitsteilung umzugestalten. Das hat mit Kampf gegen widerstreitende gesellschaftspolitische Interessen, mit ökonomischer und gesellschaftspolitischer Macht zu tun. Soll der Kampf zu nachhaltigen gesellschaftlichen Veränderungen führen, muss konkreten sozialen Gruppen die ökonomische Grundlage kontrolliert eingeschränkt bzw. entzogen werden. Soll dies im Interesse der sozial Schwachen und der Bevölkerungsmehrheit geschehen, sind demokratische Kontrolle und Demokratisierung der Wirtschaft eine Grundbedingung. Es ist keinesfalls eine Huldigung Lenins, werden exemplarisch einige Textpassagen aufgegriffen, die direkt oder indirekt ausgesprochen das bedingungslose Grundeinkommen zum „besonderen Kettenglied“ erheben.

„Erst das bedingungslose Grundeinkommen ermöglicht die Befragung der Sinnhaftigkeit, der Notwendigkeit sowie Verträglichkeit bestimmter Erwerbsarbeit“ (Kipping, 2005, 14). Engels hatte die Utopisten Fourier und Owen dafür gewürdigt, dass sie „bereits vollständig im reinen [waren] über die Wirkungen der Teilung der Arbeit, über die Verkümmern einerseits des Arbeiters, andererseits der Arbeitstätigkeit selbst, die auf lebenslängliche, einförmige mechanische Wiederholung eines und desselben Aktes beschränkt wird“ (Engels, 1978, 272). Allerdings konnte sich Engels nicht vorstellen wie z. B. hochqualifizierte Menschen in Mittel- und Osteuropa genötigt sind, hochflexibel in kurzer Zeit eine Vielzahl schnell wechselnder unsinniger und/oder unter ihrem erprobten Bildungsniveau liegender Arbeitsprozesse zu verrichten.

Natürlich hat Kipping recht, wenn sie meint, dass heute der Bezug eines bedingungslosen Grundeinkommens im Unterschied zur Einsicht der Utopisten für

Lohnabhängige die Möglichkeit herbei führen könnte, tatsächlich darüber zu entscheiden, ob sie die konkrete Erwerbsarbeit ausführen oder nicht.

Stellen wir uns allerdings einmal exemplarisch vor: Eine erwerbslos gewordene KITA-Erzieherin sagt sich völlig begründet und dank BGE gestärkt: „den angebotenen Arbeitsplatz zur stupiden Ausräumerei und Präsentation von Weihnachtsbaumschmuck nehme ich nicht an. Ich will mit Kindern arbeiten.“ Dann hätte sie in unserer Gesellschaft die Chance, als Kinderbetreuerin in einen privaten Haushalt zu gehen. Sie könnte ggf. auch, konkrete Wohn- oder andere Raumbedingungen vorausgesetzt, mehrere Kinder aus unterschiedlichen Familien betreuen. Das wäre gut für die Eltern: Ihre Kinder könnten unentgeltlich qualifiziert versorgt werden. Es wäre gut für viele Kinder: sie würden pädagogisch fachgerecht betreut. Auch die ex-KITA-Erzieherin dürfte teilweise erfreut sein: Sie könnte mit Kindern arbeiten, wäre materiell gesichert, brauchte nicht die (blöden) Weihnachtsbaumkugeln in die Kaufhaus-Regale zu befördern.

Aber: Die ex-KITA-Erzieherin hätte keine Kolleginnen (und Kollegen), könnte nicht den geringsten Einfluss auf Inhalte gesellschaftlicher Kindererziehung nehmen und das BGE wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit niedriger als ihr Gehalt. Sollte sie ggf. zusätzlich ein Entgelt für ihre Leistungen fordern, in Konkurrenz zu anderen (ex-)KITA-Erzieher/innen treten, nur in Haushalten mit höheren Einkommen arbeiten? Es würden die „besten“ Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die KITAS völlig kommerzialisiert werden und weitgehend verschwinden. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit der KITA-Erzieher/innen würde immer weniger gesellschaftlich organisiert und anerkannt. Den Kindern würden Voraussetzungen sozialen Lernens, der Ausprägung sozialen Verhaltens genommen bzw. vorenthalten.

Die gesellschaftlichen Wirkungen wären verheerend, aber von manchen Neoliberalen begrüßt. Mehr noch: diese Vereinzelung von Menschen mit ihren Entscheidungen und fortschreitende Privatisierungsprozesse würden mit öffentlichen für das BGE eingesetzten Mitteln bezahlt. Keineswegs würden die Voraussetzungen dafür gesichert, dass die Höhe des BGE (auch) auf lange Sicht ein Leben in Würde ermöglicht.

Es bedarf sicher keiner gesonderten ökonomischen Ausbildung, um zu sehen, dass ein solcher Weg ferner mit wachsenden Umverteilungsprozessen einhergehen würde. Nicht dass die Konzerne bedauert würden oder die Reichen und die Spitzenverdiener/innen, die Steuern entrichten müssten. Sondern: Wie soll bei

fortschreitender Privatisierung, sinkenden Lohnfonds, wachsendem Aufkommen für das BGE eine gesellschaftliche Reproduktion möglich werden, die zunehmend mehr Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht?

Leider bleibt diese Fragestellung in der „Kritik des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens“ von Ulrich Busch (Busch, 2005, 978-991) marginalisiert.

Wäre das Problem durch Arbeitszeitverkürzung zu verhindern oder zu durchbrechen? „... ich [vertrete] die Auffassung, dass **nur** (Hervorhebung – J. D.) die Verbindung von Mindestlohn mit einem bedingungslosen Grundeinkommen und der radikalen Umverteilung von Erwerbsarbeit eine emanzipatorische Antwort auf die neoliberale Politik darstellen kann“ (Kipping, 2005, 14).

Unterstützung verlangt die Orientierung auf Arbeitszeitverkürzung und einen Mindestlohn sowie auf die Verbindung zwischen einem **garantierten**

Mindesteinkommen bzw. einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung für Studierende bzw. sich Qualifizierende, in der Familie zeitweise Pflegende und Betreuende, für „Prekäre“ und Arbeitslose darunter für jene, die eine ihnen angebotene entwürdigende Arbeit nicht aufnehmen wollen, und einem Mindestlohn. Selbstverständlich wird davon ausgegangen, dass die Betroffenen in die Lage versetzt werden sollen, am gesellschaftlichen Leben weitgehend teilzuhaben.

Allerdings zeigen einige Beispiele, dass „die alternative Trias Grundeinkommen – Mindestlohn – Arbeitszeitverkürzung“ nicht per se emanzipatorisch sein muss: Die oben strapazierte ex-KITA-Erzieherin hat unmittelbare Teilhabe an gesellschaftlicher Arbeit und deren Gestaltungsmöglichkeiten verloren.

Arbeitszeitverkürzung in der Rüstungsproduktion macht zum einen die Arbeit in der Rüstungsproduktion nicht besser, zum anderen könnte ja der Zeitgewinn z. B. genutzt werden, um Freizeitflugsport zu betreiben und noch mehr CO₂-Emissionen in die Luft zu pusten.

In den Kaufhallen, wo geringfügige Beschäftigung bereits als normal gilt, nutzt Arbeitszeitverkürzung den Betroffenen relativ wenig. Erhalten die Verkäufer/innen – falls ihnen die Arbeit nicht zu stupide ist und sie den Umgang mit Kolleginnen und Kollegen, mit Kundinnen und Kunden nicht als unerträglich und beleidigend empfinden – wenigstens ein Grundeinkommen, befreit sie das vielleicht von manchem Druck, aber nicht von den Sorgen um die Bildungsbedingungen ihrer Kinder. Selten würden sie eine attraktive Alternative darin sehen, als

Handelsvertreterinnen zum Grundeinkommen für einen Konzern Verkaufpersonal einzusparen oder zu Hause zu bleiben.

Derartige Überlegungen interessieren die Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ offenbar nicht. Dabei ist ihr sehr wohl bewusst, wer die Akteure des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses sind, deren ökonomische Macht wesentlich für die Festlegung eines bedingungslosen Grundeinkommens wäre. Die Initiative schlägt vor: „Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger

... stärkt die Unternehmen. Sie können automatisieren, ohne sich Sorgen um entlassene Mitarbeiter zu machen. Sie können auf leistungsbereite Mitarbeiter setzen, denn Erwerbsarbeit wird freiwillig geleistet.

... stärkt die Volkswirtschaft. Unproduktive Industrien und Wirtschaftszweige müssen nicht mehr subventioniert werden.“

(<http://www.freiheitstattvollbeschäftigung.de/Startseite.htm>)

Ergo: Schluss mit den Subventionen z. B. für die Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien.

Während die Initiative deutlich „das besondere Kettenglied“ mit der Interessenrealisierung von Akteuren der Globalisierung verbindet, erklärt Katja Kipping „Die Kombination von einem bedingungslosen Grundeinkommen mit Instrumenten der kollektiven Arbeitszeitverkürzung und mit einem gesetzlichen Mindestlohn orientiert sich an den grundlegenden Interessen **aller** (Hervorhebung J. D.) Menschen.“ (Kipping, 2005, 14).

Dass dies so einfach nicht sein kann, wurde bereits illustriert. Und: warum gibt es nicht die große gesellschaftliche Bewegung für „die alternative Trias“, wenn sie im Interesse **aller** Menschen ist?

Etwas widersprüchlich zu sich selber schreibt dann Katja Kipping gemeinsam mit Ronald Blaschke: „Das Grundeinkommen greift ganz real eine entscheidende Voraussetzung der kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen an – namentlich die Abhängigkeit derjenigen, die nicht über Produktionsmittel verfügen und nur ihre Ware Arbeitskraft anzubieten haben.“ (Blaschke/Kipping, 2005, 1)

Anne Alex sieht das ähnlich und wird konkreter: „Die Forderung nach einem Recht auf ein garantiertes, ausreichendes und bedingungsloses Grundeinkommen für alle setzt ... in doppeltem Sinn einen Kontrapunkt: Sie erteilt der ‚Standort-Deutschland-Politik‘ eine Absage, weil diese soziale Absicherung schrittweise zerstört und führt zu

der Frage, wie lange wir uns diese kapitalorientierte Politik der Verarmung und der Privatisierung öffentlicher Aufgaben noch leisten wollen. Außerdem markiert sie eine Perspektive für ein besseres Leben ohne Zwangsverhältnisse der Erwerbsarbeit.“

(<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/allex.html>)

Anne Allex, Katja Kipping und Ronald Blaschke haben selbstverständlich eine besondere Höhe des bedingungslosen Grundeinkommens mit Blick, was gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse voraussetzt, die erst erkämpft werden müssen. Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass der Neoliberalismus sich bei steigender bzw. anhaltender Arbeitslosigkeit und fortschreitender sozialer Ausgrenzung zu festigen vermochte. Die Beispiele der KITA-Erzieherin und der Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ illustrieren, dass ein BGE auch in neoliberalen Interesse sein kann. Dies dominiert weiterhin den gesellschaftlichen Alltag.

Die Europäische Kommission und der Europäische Rat von Nizza haben die Diskussion zum Mindesteinkommen bzw. eines BGE auf die Agenda gesetzt. Das schreckt den Neoliberalismus offenbar keinesfalls, braucht es auch nicht.

„Die Nettopreise sinken, da die Löhne und Gehälter teilweise durch das Grundeinkommen ersetzt werden. ...

Mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens muss... eine radikale Steuerreform einhergehen. Deutschland braucht als Exportweltmeister und als postagrarisches wie postindustrielle Gesellschaft in einer zunehmend grenzenlosen Weltwirtschaft eine Umstrukturierung des Steuersystems von der Ertragsbesteuerung auf eine den Verbrauch im Inland treffende Besteuerung des Realeinkommens – d.h. nicht die erbrachte Leistung soll versteuert werden, sondern der Konsum.“ (Werner, 2005)

Dass das bedingungslose Grundeinkommen also durchaus auch gebraucht werden könnte, um Lohnkosten zu drücken und – anders als z. B. Anne Allex will – Standortvorteile und Gewinne im globalen Konkurrenzkampf zu erzielen, scheint Hardy Kramperts zu übersehen. Er formuliert ein globalisierungskritisches „besonderes Kettenglied“: „Der internationale Kampf um ein bedingungsloses Grundeinkommen ist ... viel mehr als eine Forderung nach sozialen Standards, die ein Leben in Würde ermöglichen, sondern ein Kampf für eine menschenwürdige Globalisierung, eine Arbeitsverfasstheit, die den Menschen in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Arbeit stellt und die Möglichkeiten von gesellschaftlicher Teilhabe

und Demokratie eindeutig zu den 80 Prozent der Bevölkerung verschiebt.“

(Kramperts, 2005, 16)

Schwer verständlich ist, warum der Kampf um ein bedingungsloses Grundeinkommen mehr sein soll als der Kampf um Bedingungen, die jeder und jedem ein Leben in Würde ermöglichen. Das sind vor allem: Frieden, soziale Sicherheit, sinnvolle Arbeit, intakte natürliche Umwelt, Solidarität, Demokratie und Partizipation, Bildung und Kultur.

Ebenfalls schwer verständlich ist, warum Angela Klein als Kritikerin der Konzepte vom bedingungslosen Grundeinkommen die Problematik eines Lebens in Würde auf Arbeit und Einkommen reduziert, diese praktisch zum „besonderen Kettenglied“ erhebt: „Das Menschenrecht auf ‚ein Leben und Arbeiten in Würde‘ umfasst nicht nur die Bereitstellung eines Arbeitsplatzes, sondern auch die Arbeitsbedingungen und das Einkommen.“ (Klein, 2005, 16)

Unter den gegebenen gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen mutet es unwahrscheinlich an, mittels BGE die Abhängigkeit der Befriedigung von Grundbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger von den kapitaldominierten Märkten zu reduzieren, denn: dafür erforderliche leistungsfähige öffentliche Bereiche im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Transportwesen, in der Energiewirtschaft, Information usw. und die Stärkung der individuellen und kollektiven politischen, sozialen und kulturellen Rechte (Brie, 2005, 8) werden nicht realisierbar, werden gesellschaftliche Vereinzelung befördert und die Demontage der bestehenden sozialen Sicherungssysteme weiter vorangetrieben.

Es zeigt sich ironischer Weise eine verflixte Analogie zu Lenins „besonderen Kettenglied“ Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

2. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung

Arbeit ist zielgerichtete Verausgabung von Hirn, Muskeln und Nerven in der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur und mit den Bedürfnissen anderer Menschen. Sie ist gesellschaftliche Arbeit, verbleibt sie nicht in der Familie oder im Haushalt des- bzw. derjenigen, die seine/ihre Arbeitskraft verbraucht, sondern dient sie der Bedürfnisbefriedigung anderer Gesellschaftsmitglieder.

„Die Grundform aller bisherigen Produktion ist die Teilung der Arbeit, einerseits innerhalb der Gesellschaft, andererseits innerhalb jeder Produktionsanstalt.“ (Engels, 1978, 270) „Indem die Arbeit geteilt wird, wird auch der Mensch geteilt.“ (Engels, 1978, 272) Innerhalb eines modernen kapitalistischen Unternehmens kann

verkümmerte Arbeitsteilung weitgehend aufgehoben werden, aber in der Gesellschaft bleibt die Arbeitsteilung zwischen jenen, die geistige und körperliche Arbeit verrichten, zwischen Gering- und mehr oder weniger Qualifizierten, zwischen Verwaltenden und Verwalteten, zwischen Herrschenden und Beherrschten, Frauen und Männern, Menschen mit und ohne genehmen Pass ... Die globale Arbeitsteilung ist mit tiefgehenden sozialen Spaltungen verbunden. Sie würden wachsen, würde unter den gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnissen das BGE eingeführt.

„Die Gesellschaft kann sich selbstredend nicht befreien, ohne dass jeder einzelne befreit wird. Die alte Produktionsweise muss also von Grund aus umgewälzt werden, und namentlich muss die alte Teilung der Arbeit verschwinden. An ihre Stelle muss eine Organisation treten, in der ... die produktive Arbeit statt Mittel der Knechtung, Mittel der Befreiung der Menschen wird, indem sie jedem einzelnen die Gelegenheit bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche und geistige, nach allen Richtungen hin auszubilden und zu betätigen, und in der sie aus einer Last eine Lust wird.“

(Engels, 1978, 274) Rudolf Bahro und Robert Havemann kritisierten die DDR, wegen ihrer inkonsequenten und selektiven Umgestaltung des Systems gesellschaftlicher Arbeitsteilung, die alte soziale Ausgrenzung überwand und zugleich neue Ausgrenzung setzte. Es ging nicht um selbstbestimmtes Leben für jeden und jede. Zum selbstbestimmten Leben in Würde gehört, dass jede und jeder, die an existenzsichernder und sinnvoller gesellschaftlicher Arbeit teilhaben wollen, es auch können. „Sinnvoll“ meint gesellschaftlich nützlich, also sozial, ökologisch und global verantwortlich, persönlichkeitsstiftend und demokratisch gestaltbar.

Dieses politische Ziel kann „Vollbeschäftigung neuer Art“ genannt werden.

Wird davon ausgegangen, dass gesellschaftliche Veränderungen nur wahr werden, wenn immer mehr Betroffene solidarisch miteinander ihre Angelegenheiten in die Hand nehmen, dann ist der Ausgangspunkt für die Erlangung dieses Ziels der Kampf um Teilhabe an existenzsichernder gesellschaftlicher Arbeit und ihre soziale und ökologische Gestaltung.

„... Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung hat zur Folge, dass Bürger ... dauerhaft zu Tätigkeiten gezwungen werden, die automatisierbar sind.

Automatisierbare Arbeit ist ersetzbare Arbeit; ersetzbare Arbeit kann nicht sinnstiftend sein.

... Das Festhalten am Ziel Vollbeschäftigung zieht eine Verschwendung von Lebenszeit der Bürger nach sich, weil sie an geisttötende unwürdige Arbeiten

gebunden werden. Die Zeit wird sinnlos ‚abgesehen‘ und kann nicht für sinnvolle Tätigkeiten genutzt werden; die Würde des Menschen wird missachtet.“

<http://www.freiheitstattvollbeschäftigung.de/Startseite.htm>

Wann geht Vollbeschäftigung mit Arbeitszwang einher? – Wenn die in der Gesellschaft Herrschenden die Freiheit des Individuums negieren oder gering schätzen, über Arbeit die Gesellschaft disziplinieren wollen.

Wieso soll grundsätzlich maximal automatisierte Arbeit angestrebt werden? - Es gibt vielfach automatisierte Arbeit, nicht zuletzt in der Rüstungsproduktion, die menschliche Gesundheit und Natur zerstörende Güter produziert. Automatisierung ist häufig mit einer Produktionskonzentration und –zentralisierung verbunden, die Entgrenzung und wachsende Transportwege sowie Zerstörung regionaler Ressourcenkreisläufe und natürlicher Lebensgrundlagen bedeuten.

Was nutzt den Hungernden in Afrika Automatisierung? – Höchstens zur Produktion von Gaben aus dem Norden. Automatisierung wird ihnen (auf lange Sicht) nur kaum helfen, die Grundlagen nachhaltiger Entwicklung, gesunder Bevölkerungsreproduktion zu schaffen.

Wann sind Vollbeschäftigung/Arbeit Verschwendung von Lebenszeit, geisttötend und unwürdig? – Wenn sie erzwungen sind, mit Knechtung verbunden, nicht von zukunftsfähigen gesellschaftlichen Bedürfnissen, individuellen Interessen, Fähigkeiten und Fertigkeiten ausgehen, wenn Menschen durch Arbeitsteilung verkümmert werden, wenn Gesellschaft nicht grundlegend humanisiert, also umgestaltet wird.

Nicht nur die Katholische Arbeitnehmerbewegung plädiert für eine Grundsicherungsdiskussion im „Zusammenhang mit einer erweiterten Definition von Arbeit und dem Übergang von der Erwerbsarbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft“ (KAB, 2003, 2). Die Begründung ist einfach und plausibel: Arbeiten zur gesellschaftlichen Reproduktion werden nicht als gesellschaftlich notwendig anerkannt und vergütet und/oder angemessen in der sozialen Sicherung berücksichtigt. Das ist aber mehr eine Frage der gesellschaftlichen Bewertung als der Definition von Arbeit.

Wird der Begriff „Tätigkeit“ für nützliche Arbeit eingeführt, die nicht in den gesellschaftlichen Austausch eingeht, drohen die demokratische Umgestaltung des Systems gesellschaftlicher Arbeitsteilung und die politischen Kämpfe zur gesellschaftlichen Um- und Neubewertung von Arbeit aus dem Zentrum theoretischer und politischer Auseinandersetzung zu geraten. Es geht dann nicht darum, aus der

Erwerbsarbeitsgesellschaft eine Gesellschaft zu machen, die das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde anstrebend den Inhalt, die Bewertung und Organisation gesellschaftlich notwendiger Arbeit demokratisch neu bestimmt und regelt.

Diese Problemstellung lehnt Lord Ralf Dahrendorf ab: „Ich bin ein Anhänger des Prinzips des garantierten Grundeinkommens. Was darüber hinausgeht - nein. Wenn ich »Recht auf Arbeit« oder »Recht auf Sozialstaat« höre, dann bin ich nicht mehr mit von der Partie.“ (Dahrendorf, 2005) Obgleich das Opielka nicht annähernd so drastisch ausspricht, folgt er Dahrendorf tendenziell. (Opielka, 2004)

Das hindert Werner Rätz nicht daran, fünf Gründe für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu nennen: „1. Wir können es: Der gesellschaftliche Reichtum ist vorhanden“ (Rätz, 2005, 18) - Selbstverständlich ist für Deutschland der gesellschaftliche Reichtum vorhanden, allerdings nicht die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse für ein BGE von jener Höhe, die für ein Leben in Würde notwendig ist.

„2. Wir können es (die Einführung des BGE-J.D.) dauerhaft: Die Reproduktion des Reichtums ist mit wenig Arbeit möglich.“ (Rätz, 2005,18) - Wollen „wir“ wirklich **diesen** Reichtum gebrauchswert- und wertmäßig reproduzieren? Dieser Reichtum ist sozial, ökologisch und global zerstörerisch!

„3. Wir können es bezahlen: Ein Grundeinkommen ist finanzierbar.“ (Rätz, 2005, 18) - Das stimmt sicher für den Einstieg. Aber warum sollen „wir“ dafür bezahlen, dass Menschen von gesellschaftlicher Lebens- und Arbeitswelt ausgegrenzt bleiben bzw. werden?

„4. Wir müssen es: Die Vollbeschäftigung kommt nicht wieder.“ (Rätz, 2005, 18) – „Wir“ wollen weder die vorgebliche Vollbeschäftigung des (idealen) Keynesianismus noch die des Staatssozialismus. Aber „wir“ wollen, dass jede und jeder, die an existenzsichernder, sinnvoller Arbeit teilhaben und diese mitgestalten wollen, dies auch können.

„5. Wir müssen es wollen: Der alte Sozialstaat war ohnehin keine emanzipatorische Einrichtung.“ (Rätz, 2005, 18) - Den alten entmündigenden Sozialstaat wollen „wir“ auch nicht, aber „wir“ haben ihn nicht demontiert, sondern die Neoliberalen und sie haben für mehr Markt, soziale Ungleichheit/Spaltungen, für fortschreitende soziale Ausgrenzung und Naturzerstörung gesorgt. Es scheint daher angemessener, Reformwürdiges zu verteidigen, weil nur Vorhandenes reformiert werden kann.

Schließlich ist es nicht so, dass die emanzipatorischen Kräfte Gerechtes und Solidarisches an die Stelle dessen setzen konnten, was der Neoliberalismus zerstörte.

„Ich gehe ... davon aus, dass ein Grundeinkommen dazu führt, dass sich die Bürger keinen Einkommensplatz mehr suchen müssen, bei dem sie Aufgaben bewältigen, die ihren tatsächlichen Fertigkeiten und Fähigkeiten gar nicht entsprechen, sondern dass sie einen Arbeitsplatz suchen können, bei dem sie die Möglichkeit finden, ihre tatsächlichen persönlichen Potenziale zur Entfaltung zu bringen. Das hätte zur Konsequenz, dass zunehmend nur noch Arbeitsplätze gesucht würden, die man als sinnvoll akzeptiert, weil sie erstens der eigenen Intention entsprechen und weil diese Arbeitsplätze zweitens den allgemeinen moralischen Anforderungen an einen Arbeitsplatz entsprächen.

Es würde aber auch ein enormes Potenzial entstehen für dann bezahlbare Arbeit am und für die Menschen, ob es sich dabei um Pflegedienste für Ältere und Kranke, um Bildungsaufgaben oder um Aufgaben im Kulturleben handelt.

Und nicht zuletzt erwarte ich als Unternehmer eine deutliche Stimulierung von Selbstorganisation und Selbstverantwortung. ... Ich meine, dass ... unsere deutsche Volkswirtschaft mit ihren modernen Produktionsmethoden in der Lage ist, ausreichende Einkommen für alle Bürger zu erwirtschaften, und alle Menschen in Deutschland behaglich und sicher leben können. – Und dies, ohne die fragwürdige Pflicht zur Arbeit und ohne die vermeintliche Schande, arbeitslos zu sein.“ (Werner, 2005)

Götz W. Werner thematisiert nicht das Problem sozialer Ungleichheit, schon gar nicht globaler Spaltungen.

Was geschieht, wenn die Nachfrage nach sinnvollen Arbeitsplätzen das Angebot übersteigt? – Es geht offensichtlich nicht darum, dass alle einen sinnvollen Arbeitsplatz erhalten können.

Wodurch wird gesichert, dass die tatsächlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen nicht vom privaten Geldbeutel abhängen?

Wodurch wird garantiert, dass das Grundeinkommen sich nicht auf einem Niveau einpegelt, das der Kapitaleseite genehm ist, also wiederum zu entwürdigender Arbeit nötigt oder ausschließt, dass zur gesunden individuellen Reproduktion notwendige Leistungen in Anspruch genommen werden können?

Wieso sollen Pflegedienste, Bildungs- und Kulturaufgaben zur Angelegenheit von einzelnen Menschen, darunter von gerade aus dem öffentlichen Bereich Weggesparten, werden bzw. Privatsache bleiben? Warum sollen diese Dienste und Aufgaben „bezahlbar“ durch Verbilligung und damit Abwertung von Arbeit/Arbeitskraft werden? Warum sollen die Gesellschaftsmitglieder nicht über die Qualität und Organisation von gesellschaftlich notwendigen Aufgaben und Diensten demokratisch bestimmen können?

Wie wird erreicht, dass „als sinnvoll akzeptierte Arbeit“ sowohl für den einzelnen Menschen fördernd als auch für die gesellschaftliche Reproduktion nützlich ist? Wieso wird unter den Bedingungen globalisierter Wirtschaft nur an Deutschland gedacht?

Götz W. Werner offenbart, dass sein Modell vom BGE durchaus mit dem Leitbild einer Gesellschaft konform geht, in der die Menschen Unternehmer/innen ihrer Arbeitskraft und sozialen Sicherung sind und zunehmend selber für die Entwicklung und Zukunft ihrer Kinder aufkommen.

Wie bereits erwähnt, schreibt er, dass das Grundeinkommen über eine Konsumsteuer finanziert werden soll. „Durch eine Konsumsteuer ... brauchten [wir] überhaupt keine anderen Steuern mehr. Das wäre dann tatsächlich die Einfachsteuer.“ (Werner, 23.9.2005) Der staatliche Verwaltungsapparat würde schrumpfen, der Wertschöpfungsprozess von Steuern befreit. Und: „Unsere Exporte würden sich erheblich verbilligen.“ (Werner, 23.9.2005)

Während also der globale Konkurrenzkampf weiter angepeitscht wird und damit globale Probleme forciert wachsen, würden die öffentlichen Ausgaben weiter zurückgehen und damit auch die Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftliche Entwicklung zu kontrollieren und Einfluss auf sie zu nehmen. Und dass von Konsumsteuern immer jene am meisten betroffen sind, die über die niedrigeren Einkommen verfügen, ist seit langem bewiesen.

Mit dem Blick auf die von ihm erstrebte Zukunft hat Friedrich Engels die Akkumulation als „die wichtigste progressive Funktion der Gesellschaft“ (Engels, 1978, 290) bezeichnet. Dahinter stand die Überlegung, dass das Arbeitsmittel über den Vergesellschaftungsgrad der Arbeit und ihre Produktivität entscheidet und diese wiederum bewirken, dass gesellschaftliche Isolation und soziale Ungleichheit überwunden werden. So sollte eine Arbeitsteilung zustande kommen, in der die und der einzelne zunehmend Arbeiten sehr unterschiedlicher Kompliziertheit verrichten,

so dass alle an der Organisation und Kontrolle der Produktion teilhaben, ihre Talente entfalten und ihren Neigungen entsprechen können. Also: alle sollen den Betrieb reinigen, damit nicht eine Gruppe nur Betriebe reinigt. Alle sollen über die Produktion entscheiden, damit nicht ständig nur eine kleine Gruppe entscheidet und managt. Zugleich sollte die zur Reproduktion der Gesellschaft notwendige Arbeit gerecht so auf die Gesellschaftsmitglieder verteilt werden, dass für alle zunehmend frei verfügbare Zeit zur individuellen Muße verbleibt.

Aus einem anderen als von Engels gedachten Verlauf der Geschichte die Schlussfolgerung zu ziehen, dass es visionär „nur noch“ um die Möglichkeit gehen soll „dass jede und jeder die gesellschaftliche Entwicklung ... in der Arbeits- **oder** (Hervorhebung J. D.) Arbeitswelt mitgestalten kann“ (Blaschke/Kipping, 2005, 3), überzeugt genau so wenig wie die Idee, mittels BGE Einfluss auf die Akkumulation der mächtigsten Kapitale zu nehmen. Diese Idee lässt zumindest außer Acht, dass solche Vertreter des Kapitals wie Götz W. Werner am längeren Hebel sitzen und mit einem BGE sowohl ökonomisch als auch machtpolitisch weiter gewinnen würden. Kapitaleigner können nicht daran interessiert sein, dass die Position der Anbieter/innen auf dem Arbeitsmarkt gestärkt wird, was Lohnkosten erhöht. Auch Unternehmen wollen keine Kosten steigernden und Disziplin senkenden Wirkungen. Sie aber haben ein entscheidendes Wort mitzureden, wenn es um die Höhe des BGE geht.

Die Crux des BGE-Modells der Linken ist seine Abstraktion von den gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen, seine Abkoppelung von den gegenwärtigen sozialen Sicherungssystemen, die wiederum an Erwerbsarbeit geknüpft sind. Dass diese Sicherungssysteme der solidarischen Erneuerung, Ergänzung und Erweiterung bedürfen, liegt angesichts der sozialen Probleme und der Prekarisierung von Arbeit auf der Hand. Genau hier setzt das originäre PDS-Konzept der bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung an, die keine Abkoppelung vom heutigen System gesellschaftlicher Arbeitsteilung ist, sondern – wie Lutz Brangsch erklärt – zur sozialen Sicherung und Mehrung gesellschaftlich sinnvoller Arbeit beitragen soll, zu breiterer Teilhabe bei besseren Bedingungen dafür, das System gesellschaftlicher Arbeitsteilung umzugestalten. Deshalb ist das Eintreten für eine derartige bedarfsorientierte soziale Grundsicherung als Lohnersatzleistung mit Schritten zu einer Vollbeschäftigung neuer Art verbunden, mit dem Übergang zu sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung, wozu globale Solidarität gehört.

Es wäre im gemeinsamen Interesse der BGE-Befürworter/innen und GRUSI-Anhänger/innen, die Frage zu stellen, warum der Neoliberalismus im Sinne der mächtigen Kapitale so erfolgreich war und sozial so stark verankert ist und was deshalb im Zentrum des Kampfes um die gesellschaftlich-kulturelle Hegemonie stehen muss. Es geht darum, ein emanzipatorisches gesellschaftliches Leitbild mit einem sozialen Bündnis gegen das gesellschaftliche „oben“ und den Kampf um die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse gedanklich zusammen und politisch zur Wirkung zu bringen (Brie 2005, 6).

Bei der Formulierung der eingangs genannten Einstiegsprojekte wurde diese Frage gestellt. Dabei wurden „Formen bedarfsorientierter Grundstandards“ genannt. Dies zumindest aus zwei Gründen: Das Projekt greift durch seine Verbindung mit dem Kampf um das Recht auf existenzsichernde sinnvolle Arbeit, um die Grundrechte und um leistungsfähige öffentliche Bereiche der öffentlichen Daseinvorsorge in die herrschende Logik gesellschaftlicher Entwicklung ein. Es geht daher mit den anderen Einstiegsprojekten und so mit einer transformatorischen Politik zusammen, die die Kapitaldominanz überwindet (Brie, 2005, 7)

Diese Politik folgt den Leitbildern vom selbstbestimmt und solidarisch handelnden Menschen, von einer Gesellschaft, in der jede und jeder selbstbestimmt in Würde leben können. Die individuelle Freiheit in der sozialen Gleichheit gilt als höchster Wert, der Solidarität voraussetzt und heute die vorrangige Solidarität mit den Schwächsten und Schwachen erfordert.

Dezember 2005

Literaturübersicht

Allex, Anne, 2005, Grundeinkommen statt gruseliger Grundsicherung,
<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/allex.html>

Blaschke, Ronald/Kipping, Katja, 2005, Angriff von Innen, in Jungle World 29 vom
 20. Juli 2005

Brangsch, Lutz, 2005, Grundsicherung und Grundeinkommen – Überlegungen zu
 einer Diskussion, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Brie, Michael, Der Kampf für ein soziales und demokratisches Europa – Hegemonie
 und Einstiegsprojekte, Thesen zu Diskussion, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Busch, Ulrich, 2005, Schlaraffenland – eine linke Utopie? Kritik des Konzepts eines
 bedingungslosen Grundeinkommens, in: Utopie kreativ, 181, November 2005, Berlin

Dahrendorf, Lord Ralf, 2005, Deutsche Illusionen, Interview von Gunter Hofman und
 Jan Ross mit Lord Ralf Dahrendorf, in: Die Zeit 05/2005

Engels, Friedrich, 1978, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-
 Dühring), Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Band 20, Berlin

Freiheit statt Vollbeschäftigung, <http://freiheitstattvollbeschäftigung.de/Startseite.htm>

KAB, 2003, Katholische Arbeitnehmerbewegung, Arbeitsausschuss Soziale
 Sicherung, Thesenpapier Garantiertes Grundeinkommen

Kipping, Katja, 2005, Plädoyer für eine alternative Trias, in: Neues Deutschland vom
 4.11.2005

Klein, Angela, 2005, Das Leben in Würde und der Kapitalismus, in: Sand im Getriebe
 Nr. 43

Krampertz, Hardy, 2005, Diskurs der Fülle gegen Ideologie des Mangels, in: Sand im
 Getriebe Nr. 43

Lenin, Wladimir Iljitsch, 1960, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: W.I.
 Lenin, Werke, Band 27, Berlin

Lenin, Wladimir Iljitsch, 1977, Über die Bedeutung des Goldes, in W.I. Lenin, Werke, Band 33, Berlin

Opielka, Michael, 2004, Grundeinkommen statt Hartz IV, Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen Sozialakademie Österreichs Nr. 9/2004

Rätz, Werner, Fünf Gründe für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, in: Sand im Getriebe Nr. 43

Werner, Götz, W., 2005, Radikalreform statt Banalreform, in: a tempo 11/2005

Werner, Götz, W., 23.9.2005, „Wir können den Menschen von der Arbeit befreien“, in: Frankfurter Rundschau vom 23.9.2005